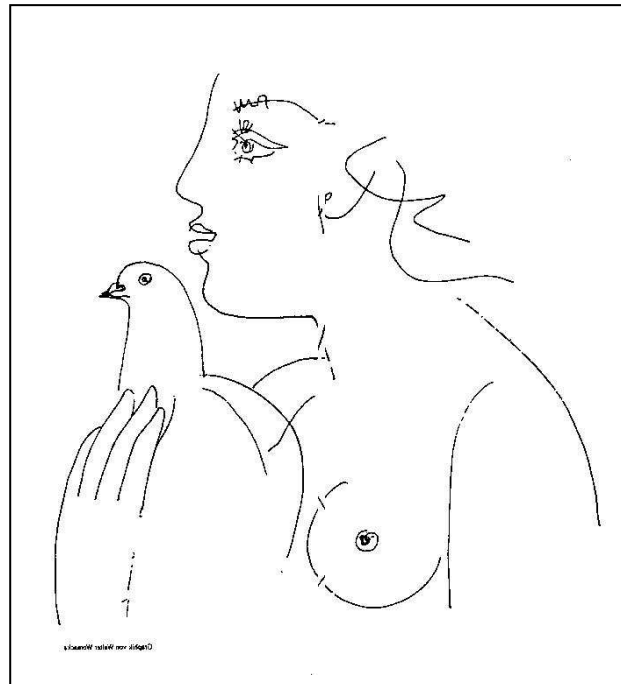


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 92



Germanisierung Europas ? Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Überarbeitete, aktualisierte Fassung

Redaktionsschluss: 2. Januar 2012

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-Mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

In dem am 12. Februar 1992 von den Staatsoberhäuptern und Staatsschefs der EU unterzeichneten Vertrag über die Europäische Union ist u. a. nachzulesen: „Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden...Aufgabe der Union ist es, die Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten sowie zwischen ihren Völkern kohärent und solidarisch zu gestalten.“ (1)

Zehn Jahre nach der Vertragsunterzeichnung steckt die EU in einer anhaltenden Krise. Nicht von „solidarischem Gestalten“ oder „bürgernahen Entscheidungen“ ist jetzt Rede, sondern von der Spaltung der EU und von einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“. Die 17 Staaten der Euro-Zone schaffen sich innerhalb der Union eigene Strukturen. Sie sollen außerhalb der für alle 27-EU-Mitgliedsstaaten geltenden Verträge wirksam werden. Künftig sollen zwei Richtlinien Geltung haben. Die Spaltung der EU wird damit vertieft.

Mit der Verschärfung der Krisenwirkungen sind die einzelnen Mitgliedsstaaten nicht mehr wie 2008 fähig, die Krise notdürftig aufzufangen. Ihre Wirtschaftskraft sinkt. Bürgerliche Experten befürchten einen Zerfall der EU. Andere schätzen ein, dass die Endphase der Euro-Zone bereits begonnen habe. Der normale Bürger findet sich in dem Wirrwarr politischen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Geschehens kaum noch zurecht.

Krisenmanagement mit der „Eisernen Lady“

Die Fortdauer der Krise bringt auch eine spezielle Art der Konjunktur hervor: 10 EU-Krisengipfel sowie ungezählte Merkel-Sarkozy-Gipfel und Tagungen von Fachministern und Experten finden seit Februar 2010 statt. Ausdruck dafür, dass das Krisenmanagement der „systemischen“ Krise nicht Herr werden kann. Anfangs steht eine Unterstützung des am schwersten betroffenen Griechenland zur Debatte.

1 Europäische Gemeinschaft, Europäische Union, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1992, Europa Union Verlag, Bonn, S. 173

„Es gibt keine Haushaltsmittel für Griechenland“, verkündet die deutsche Kanzlerin zunächst. Sie erreicht eine Terminverzögerung mit der die deutschen Banken genügend Zeit erhalten, ihre Griechenlandgeschäfte abzuwickeln. Merkels Spiel auf Zeit komplizierte die Situation in Griechenland beträchtlich. Sie „habe mit ihrer Verweigerungshaltung die Krise verschärft und die Kosten der Rettung in die Höhe getrieben“, bemerkt „Der Spiegel“. (2)

„Doch beim EU-Gipfel am 25. März 2010 folgte der Kurschwenk: Die Regierungschefs verkünden ihre prinzipielle Hilfsbereitschaft. Der Euro-Rettungsschirm ESM entsteht vorerst als Provisorium. 2010 umfasst er 750 Milliarden Euro, davon 440 Milliarden von der EFSF, der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität.

Anfang Mai 2010 wird schließlich für Griechenland ein Rettungspaket über 110 Milliarden Euro verabschiedet.“ (3)

Die EFSF war infolge der schwerwiegenden Krisenwirkungen in Irland und Portugal installiert worden. Bald erweist sich, dass ESFS aufgestockt werden muss. Wochenlang blockiert die Bundesregierung eine Vergrößerung. Sie sei „derzeit nicht notwendig“. Angela Merkel muss schließlich nachgeben. ESFS erreicht ein Volumen von 779 Milliarden Euro.

„Dass der Rettungsschirm auch Anleihen von klammen Euro-Staaten kaufen darf galt in Berlin lange als ausgeschlossen.“ (4) Das sei der gerade Weg in die Schuldenunion, meinen die deutschen Krisenmanager. Die Kanzlerin stimmt dann allerdings doch zu, dass EFSF Anleihen direkt von den Staaten kaufen darf.

Die Kanzlerin strebt seit dem Sommer 2010 strengere Haushaltsregeln für die EU-Mitgliedsstaaten an. Im Herbst 2010 setzt sie die Forderung nach „automatischen Sanktionen“ noch

2 Der Spiegel, 15/2010

3 Welt online, 9. Dezember 2011

4 ebenda

drauf. „Wir sind für einen möglichst hohen Automatismus“, so Merkel. (5)

Die EU-Regierungschefs stimmen der von Deutschland und Frankreich entwickelten Idee eines „Krisenmechanismus“ zu. Schärfere Strafen sollen bei Verstößen gegen den Stabilitätspakt ausgesprochen, Defizitsünden geahndet werden.

Die von deutscher Seite verlangten Änderungen im Lissabon-Vertrag stoßen auf Widerstand. Ein Kompromiss erfolgt in der Frage, eine Wirtschaftsregierung aller 27 EU-Mitgliedstaaten zu schaffen. Eine Konkretisierung erfolgt jedoch nicht. Später einigt man sich auf begrenzte Änderungen im Lissabon-Vertrag.

„Euro-Plus-Pakt“ – Einstieg ins Berliner Diktat

Angesichts der Verschärfung der Krise erfolgt formal Zustimmung auch zum von deutscher Seite unterbreiteten und von Frankreich unterstützten Vorschlag, einen „Euro-Plus-Pakt“ zur „Wettbewerbsfähigkeit“ zu schließen. Alle Teilnehmerstaaten sollen sich verpflichten, u. a. die Schuldenbremse in die nationalen Verfassungen aufzunehmen. Gemeinsame Maßstäbe bei Unternehmenssteuern sollen geschaffen werden. Die von einigen Ländern bisher praktizierte automatische Anpassung der Löhne an die Inflationspolitik soll abgeschafft, die Lohnpolitik künftig an den Lohnstückkosten orientiert und das Rentenalter erhöht werden.

Bei diesen Überlegungen – gelegentlich werden sie auch „Empfehlungen“ genannt – ist die deutsche Handschrift nicht zu übersehen. Die Agenda 2010 und Hartz IV haben Modell gestanden.

Mit diesen Forderungen „verlangt Bundeskanzlerin Merkel, dass die Wirtschaftspolitik im Euroraum deutschen Prinzipien folgen soll“, schreibt die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Und sie fügte hinzu: „Für Franzosen, Belgier, Spanier und Portugiesen gliche die Abschaffung inflationsge-

5 ebenda

bundener Löhne einem sozialen Kahlschlag.“ (6) Das Blatt hatte Tage zuvor kommentiert, dass der Pakt „nach deutschem Diktat schmeckt, weil er den Euroraum Deutschland ähnlicher machen soll.“ (7)

Der Gipfel im März 2011 hatte übrigens schon auf eine „Verstärkung der wirtschaftlichen Governance“ (*) orientiert, also auf die Konstituierung einer EU-Wirtschaftsregierung. Merkel und Sarkozy wiederholten diese Idee.

Eurobonds, d.h. gemeinsame Anleihen der Länder der Eurozone, um angeschlagenen Mitgliedsländern die Möglichkeit zu bieten, Kredite zu günstigen Zinskonditionen in Anspruch zu nehmen, lehnt die deutsche Bundeskanzlerin weiterhin ab.

Ende Juli 2011 wird ein zweites Hilfspaket für Griechenland auf den Weg gebracht.

Auf einem Gipfel Ende Oktober 2011 wird Griechenland ein Viertel der Verbindlichkeiten (rund 350 Milliarden Euro) erlassen. Eine Beteiligung der Banken an der Umschuldung bleibt unverbindlich. „Financial Times Deutschland“ beurteilt die vorgestellten Regelungen als „Täuschungsmanöver mit Staatsgarantie“.

Griechenland wird – wie übrigens auch Irland und Portugal – ein an der „Agenda 2010“ ausgerichtetes brutales Sparprogramm oktroyiert. Auf ein Drittel der Mittel zu ihrem Lebensunterhalt muss die arbeitende Bevölkerung, müssen auch die Arbeitslosen verzichten. Die schrittweise Entlassung von über 100.000 Angestellten des Öffentlichen Dienstes sowie der weitere Abbau der sozialen Sicherungssysteme und zusätzliche Steuererhöhungen werden vorgeschrieben. Die griechische Regierung muss außerdem die wirtschaftliche Kontrolle über das Land an den IWF, die EZB und die Brüsseler Eurokratie abtreten. Deutschland und Frankreich bestehen außerdem darauf, dass ein Zeitplan zur Umsetzung der Auflagen vorgelegt wird. Griechenland wird zum Modell des Kaputtsparens und der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Februar 2011

7 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Februar 2011

Der griechische Ministerpräsident Papandreou kündigt nun einen Volksentscheid über die Gipfel-Festlegungen für sein Land an. Vertreter vor allem der wirtschaftlichen Elite Deutschlands antworten mit wütenden Protesten. Ein Referendum sei „unverantwortlich“. Es stelle eine „Gefahr für die Euro-Rettung“ dar und beschwöre das „Ende der Euro-Zone“ herauf.

Die Banken kennen keine demokratischen Spielregeln. Papandreou ist nicht mehr gefragt. Ein Banker übernimmt die Umsetzung des Spardiktats. Das griechische Parlament darf das Sparpaket und den Regierungswechsel nur noch abnicken.

Bald darauf muss in Rom Berlusconi den Hut nehmen. Ähnlich wie in Athen verfährt das Trio IWF, EZB und Brüssel. Ein Banker übernimmt das Sparregime. Die Finanz- und Haushaltspolitik wird unter Kuratel des IWF gestellt. Eine Überwachung erfolgt durch die EU-Kommission.

Die Schuldenkrise, die zunächst in peripheren Ländern der EU wie Irland, Spanien, Portugal und der Slowakei die Regierungschefs von der politischen Bühne abräumt und sie in Griechenland und Italien durch Entscheidungen des Trios verbannt, wird dadurch in keiner Weise gemildert. Mit Italien ist erstmals eines der führenden Industrieländer der EU betroffen.

Finanzexperten der Regierungen beraten eine Hebelung der Summen des Rettungsfonds. Italien steht nach dem Ausbluten Griechenlands im Zentrum der Spekulationen der Finanzmärkte. Die Staatsschuld des Landes ist auf 1,9 Billionen Euro angewachsen. Die Hebelung erweist sich als Illusion. „Auch ein auf eine Billion gehebelter Fonds kann für diese und für weitere Schulden nicht garantieren.“ (8)

Zur Plünderung freigegeben

Mit der für Griechenland von deutscher Seite betriebenen und durchgesetzten Verquickung von „Finanz-Hilfe“ und Spardiktat wurde ein Modell geschaffen, das in den von der Schulden-

8 isw-Report Nr. 87, ABC der Schulden- und Finanzkrise. München, Dezember 2011

krise am schwersten betroffenen Staaten hohe Verunsicherung ausgelöst hat.

So erteilte die Troika – IWF, EZB und EU – auf Grund einer deutschen Initiative – der Athener Regierung die Auflage, bis 2015 im Ergebnis eines Privatisierungsprogramms 50 Milliarden Euro in die Staatskasse zu bringen, um den Verpflichtungen gegenüber den Banken nachkommen zu können.

Die deutsche Bundeskanzlerin befand: „Die Solidarität ist mit Konditionen zu verbinden.“ (9) Für die von ihr verstandene „Solidarität“, nämlich die mit Steuergeldern betriebene Rettung des griechischen EU-Mitglieds vor dem Bankrott müssten die Griechen spezielle Gegenleistungen erbringen. Dass Athen durch die Spekulationen der Finanzmärkte an den Rand des Bankrotts gedrängt worden war, gehörte zum Geschäft. Und das sollte sich für das deutsche Kapital besonders auszahlen. Das deutsche Modell für die künftige griechische Lohn- und Sozialpolitik ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere, findet Frau Merkel, könnte der Ausverkauf des griechischen Tafelsilbers sein. So entdeckte sie: „Es gibt in Griechenland viel staatlichen Besitz, der privatisiert werden kann.“ (10)

Man kann das Ganze auch auf die von Attac geprägte Formel bringen: *Griechenland ist „zur Plünderung freigegeben“.*

Der BDI war sofort bei der Sache und drängte auf Tempo. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bot „deutsche Berater“ an. Deutsche Unionspolitiker verfügen ja mit dem Anschluss der DDR über entsprechende Erfahrungen. Prompt wurde auch eine Agentur „nach dem Vorbild der deutschen Treuhand“ empfohlen. Die FDP brachte, um ihre Präsenz zu beweisen, die Interessen ihrer Klientel zur Geltung. Parteichef Philipp Rösler entdeckte: „Es geht um die Privatisierung, auch hier sind schon Mitarbeiter in Griechenland vor Ort aus Deutschland, so dass wir also hier auch schon ganz konkret werden helfen können.“

9 Der Spiegel, 30/2010

10 Neues Deutschland 23.07.2011 / Inland

(11) Der BDI schlug einen „Businessplan“ für die „Plünderung“ vor. Deutsche Manager forderten, die „Investitionsbedingungen“ in Griechenland umgehend zu „verbessern“. (12) „Deutsche Unternehmen jagen nach dem Schnäppchen in Griechenland, während die überschuldete Regierung mit dem Verkauf von Staatseigentum beginnt, um die Finanzen des Landes zu stabilisieren“, vermerkte das „Wall Street Journal.“ (13)

Deutsche Unternehmen sind längst vor Ort im Geschäft.

Die Telekom stockt ihre Anteile bei Hellenic Telekom um 40 Prozent auf. Flughafenbetreiber Fraport übernimmt 55 Prozent der Anteile des neuen Athener Großflughafens. Hochtief Essen hält bereits 40 Prozent der Anteile am Luftdrehkreuz. RWE feilscht um die Übernahme des griechischen Stromkonzerns DEH. E.on Ruhrgas plant eine Beteiligung am Bau der Trans Adriatic Pipeline. Die staatliche Athener Lotterie opap soll ebenso privatisiert werden wie die Staatsbahn und die Häfen Piräus und Thessaloniki, wie Gaswerke und Immobilien.

Die deutsche Bundesagentur für Arbeit (BA) hat sich eine spezielle Initiative einfallen lassen: Die Abwerbung qualifizierter Jobsuchender – Ingenieure, IT-Spezialisten, Ärzte, Facharbeiter, Alten- und Krankenpfleger. Die Wirkungen des Spardiktats zur „Haushaltskonsolidierung“ sind enorm.

Die Mehrwertsteuer wurde von 19 auf 23 Prozent erhöht. Die Verbrauchssteuern bei Benzin und Tabak wurden deutlich angehoben. Eine „Solidaritätssteuer“ auf Nebeneinkommen wurde eingeführt, ebenso eine Kopfsteuer für Freiberufler.

Für im Öffentlichen Dienst verbleibende Beschäftigte sind gravierende Gehaltskürzungen um bis zu 20 Prozent erfolgt.

Rigoreuse Einschnitte erfolgen im griechischen Bildungswesen. Die Zahl der Lehranstalten wird beträchtlich verringert.

11 www.d.radio.de, 27. Juli 2011

12 German-Foreign-Policy<newsletter

13 Wall Street Journal, 17. Juni 2011

Die Wirtschaftsleistung des Landes ist 2010 um 4,5 Prozent geschrumpft. 2011 wurde mit einem weiteren Rückgang um 5,5 Prozent gerechnet.

Mehrere hunderttausend Griechen haben infolge von Rationalisierungsmaßnahmen ihre Arbeit verloren. Die Arbeitslosigkeit ist offiziell auf 18,4 Prozent gestiegen, bei jüngeren Arbeitskräften auf 40 Prozent. Die größten griechischen Gewerkschaften erwarten ein Ansteigen der Erwerbslosigkeit auf 20 Prozent.

Das Spardiktat führt zu einer Verminderung der Massenkauflkraft. Der Konsum ist um ein Sechstel zurückgegangen. (14)

20 Prozent der Einzelhandelsgeschäfte und Restaurants mussten bereits schließen. 60.000 Kleinunternehmen gingen bankrott. Besitzer kleiner Eigenheime wurden mit einer Sondersteuer belegt.

Die Staatseinnahmen verringern sich, die Sozialausgaben steigen. Die Staatsverschuldung beträgt 350 Milliarden Euro.

Zentralisierung der Macht

Anfang September 2011 veröffentlicht in „größter Sorge“ der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) das Papier „Ein neuer Vertrag für den Euro“ (15)

Der BDI befürchtet eine erneute Zuspitzung der Krise und dass „die globale Güternachfrage einbrechen“ könne. Heftige Kritik wird am Krisenmanagement geübt. Der „politische Instrumentkasten (sei) heute weitgehend leer“, wird konstatiert. „Ein weiteres Kurieren von Symptomen und das Ergreifen immer neuer Reparaturmaßnahmen versprechen keinen nachhaltigen Erfolg. Europa muss sich zu einem deutlichen Sprung vorwärts in seinen Stabilisierungsbemühungen aufraffen,“ wird verlangt. Eine neue vertragliche Grundlage für den Euro müsse her.

Die Bundeskanzlerin, politische Geschäftsführerin der deutschen Kapital- und Hegemonie-Interessen, rafft sich auf.

14 Spiegel online Wirtschaft, 6. August

15 www.bdi.eu, BDI – Ein neuer Vertrag für den Euro

Auf dem folgenden EU-Gipfel Anfang Dezember 2011 setzt Angela Merkel, unterstützt von Sarkozy, durch, dass eine „fiskalpolitische Union“ geschaffen wird. Danach soll für alle 17 Mitglieder der Euro-Zone und für weitere Länder der EU folgendes gelten:

- Die Schuldenbremse wird in die nationalen Verfassungen aufgenommen.
- Das Defizit eines Landes darf nur bis zu drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.
- Automatische Sanktionsverfahren gelten, wenn die Drei-Prozent-Grenze durchbrochen wird.
- Schuldensünder müssen sich künftig gegenüber EU-Kommission und EU-Rat zu verbindlichen Reformen für Defizitabbau verpflichten.
- Die EU-Kommission erhält das Recht, eine präventive Budgetkontrolle über die Haushalte der Mitgliedsstaaten auszuüben, Schuldnerstaaten zu veranlassen, modifizierte Budgetentwürfe vorzulegen, Wirtschaftsprognosen für die Haushaltsplanung vorzugeben und Schuldnerstaaten vierteljährlich zu überprüfen.

Im März 2012 sollen diese Beschlüsse in einem separaten Vertrag zum Lissabon-Abkommen verankert werden. Großbritannien lehnte die Beschlüsse ab.

Die Macht der EU-Kommission wird durch wirtschaftliche Steuerung und Kontrolle beträchtlich ausgebaut, die demokratischen Rechte vor allem der Schuldnerstaaten und die Souveränitätsrechte der Mitgliedsländer werden wesentlich abgebaut. Die Schuldenkrise wird nicht eingedämmt, die Schuldenberge der Staaten werden vielmehr weiter aufgetürmt.

Mit dem besonders von deutscher Seite geforderten und erzwungenen Spardiktat wird wirtschaftliches Wachstum vor allem durch Reduzierung der Massenkaukraft gehemmt und die Rezession gefördert.

Deutschland habe der ‚Ordnungspolitik‘ anstatt einer Wachstumspolitik den Vorrang gegeben“, schreibt die „Berliner Zeitung“. Und weiter: „All diese Vorgaben haben den Aspekt des

Wachstums völlig außer Acht gelassen und führen nun dazu, in die Rezession zu schliddern. All das führt dazu, dass die Schuldenlast weiter steigt.“ (16)

Deutsche Zuchtmeisterin

Die Bundeskanzlerin hat sich am Verhandlungstisch diverser EU-Gipfel und in den Gipfeltreffen mit dem französischen Präsidenten im Interesse der deutschen Hegemonie in der EU als „Eiserne Lady“ bewiesen. Sie hat auch die Rolle einer Zuchtmeisterin übernommen. Und zwar vor allem gegenüber den Völkern Südeuropas. Denen versuchte sie vorzuschreiben, wie sie zu arbeiten und zu leben haben. Und so dozierte die Kanzlerin: „Wir können nicht eine Währung haben, und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig.“ (17)

Weiter Frau Merkel: „Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern alle sich auch ein wenig gleich anstrengen – das ist wichtig“ (18)

Und wiederum Frau Merkel: „Ja, Deutschland hilft, aber Deutschland hilft nur dann, wenn sich die anderen wirklich anstrengen, und das muss nachgewiesen werden.“ (19)

Und schließlich auch diese Forderung von Frau Merkel: „Wir können nicht einfach solidarisch sein und sagen, diese Länder sollen mal einfach so weitermachen wie bisher, sondern alle müssen sich an die Regeln halten.“ (20)

Die Regeln aber werden von ihr diktiert. Sie unterstellt den Griechen, Portugiesen, Spaniern und den „anderen“, sich nicht genügend anzustrengen, zu wenig Leistung zu zeigen, zu lange Urlaub zu nehmen, zu früh in Rente zu gehen. Sparen und nochmals Sparen und den Riemen enger schnallen, so lautet die Forderung, die aus Berlin kommt. Deutsche Zucht ist angesagt!

16 Berliner Zeitung, 5. November 2011

17 Der Tagesspiegel, 20. Mai 2010

18 ebenda

19 ebenda

20 ebenda

Die Unterstellungen der Bundeskanzlerin werden durch die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichten Daten Lügen gestraft. Hier die OECD-Berechnungen:

Beim Renteneintrittsalter liegt Portugal mit durchschnittlich 67 Jahren weit vor Deutschland mit 61,4 Jahren. (21)

Die Spanier gehen durchschnittlich mit 63 Jahren in Rente.

In Griechenland erhalten 66 Prozent der Rentner weniger als 600 Euro und 14 Prozent mehr als 1.000 Euro Rente. Die Durchschnittsrente beträgt 617 Euro.

Zur Arbeitszeit werden nachstehende Fakten zu den durchschnittlich im Jahr geleisteten Arbeitsstunden ausgewiesen:

Portugal	2.119 Stunden	Italien	1.773 Stunden
Griechenland	1.719 Stunden	Spanien	1.654 Stunden
Frankreich	1.554 Stunden	Deutschland	1.390 Stunden

Beim Urlaub ist Deutschland einem EU-Bericht zufolge mit 40 Tagen (inklusive Feiertage) gemeinsam mit Dänemark Spitzenreiter in Europa. Der Urlaub in Portugal und Spanien beträgt durchschnittlich 22 Tage, in Griechenland 20 Tage. (22)

Mit dem von der Bundeskanzlerin formulierten Andeutungen und Unterstellungen und dem „Mythos vom faulen Südeuropäer“ wird ein **gefährlicher nationalistischer Populismus** betrieben.

Als vor einem Jahr ihr damaliger Vize Westerwelle in unflätiger Weise Hartz-IV-Empfängern vorwarf, „spätromische Dekadenz“ zu pflegen, gab Frau Merkel lediglich zu verstehen, dass sie „eine andere Diktion“ bevorzuge. Diese „Diktion“ hat sie nun, wie nachzulesen war, vorgeführt.

Die Beseitigung des Sozialstaates steht auf dem Programm. In Deutschland hatte die Schröder-Regierung mit der Agenda 2010 schon wichtige Vorleistungen erbracht.

21 www.agfriedensforschung.de/themen/Europa

22 Spiegel online, 18.Mai 2011

Die Schuldenkrise gibt Angela Merkel Vorwände genug, um deutsches Modell zu europäisieren.

„Bankenrettung durch Sozialabbau und Lohndumping – das ist das zynische Motto von Merkels Europa“, urteilt die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, Sahra Wagenknecht. (23)

Preisgekrönte Volksverhetzung

Bevor Frau Merkel die Erläuterungen zum Sparpaket für „die anderen“ in ihrer Diktion der Öffentlichkeit vorstellte, war im April 2011 ein solches Spitzenerzeugnis der deutschen Boulevard-Presse wie BILD in kaum noch zu überbietender Hetze gegen Griechenland und die Griechen zu Felde gezogen. Einige Beispiele:

In der letzten April-Dekade 2010 zog BILD Tag für Tag in jeweils großer Aufmachung gegen die „faulen Griechen“ und die „Pleite-Griechen“ zu Felde.

Die üblen Schlagzeilen lauteten beispielsweise:

- „Tschüs, Euro! BILD gibt den Pleite-Griechen die Drachmen zurück.“
- Oder: „Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxus-Renten?“
- Oder: „Angst um unser Geld. Griechen so gut wie pleite.“
- Oder: „Griechen-Pleite immer schlimmer – wie viel Kohle sollen wir noch ins Land stecken?“
- Oder: „BILD: Wenn wir den Griechen doch noch mit Milliarden Euro aushelfen müssen, sollten sie dafür auch etwas hergeben – zum Beispiel ein paar ihrer wunderschönen Inseln. Motto: Ihr kriegt Kohle. Wir kriegen Korfu.“
- Oder: „Muss Griechenland die Akropolis verkaufen!“

Der frühere „Bild am Sonntag“-Chefredakteur Michael Spreng bezeichnete die Hetzkampagne als „beispiellos seit Springers Kampf gegen die Ostverträge.“ BILD versuche „die Leser gegen die Griechen in einer Form aufzuwiegeln, die an Volksverhet-

zung grenze.“ (24) Für ihre fünfteilige „Enthüllungs-Serie zur Griechenland-Pleite“ erhielten die Verfasser den mit 10.000 Euro dotierten Herbert-Quandt-Preis! Er wird jährlich für Beiträge mit einer „sorgfältigen Auswahl und Deutung von Fakten“ sowie für „Qualität in Sprache, Stil und Allgemeinverständlichkeit“ verliehen. BILD hat demnach offenbar mit „allgemeinverständlicher“ Diktion in vorbildlicher Weise den Erfordernissen des Mainstream entsprochen.

Proteste gegen Germanisierung Europas

Der Protest gegen die deutsche Hegemonialpolitik wächst. Politiker und Gewerkschafter sowie Medien aus EU-Mitgliedsländern äußern Unmut über das aus Berlin zu vernehmende „deutsche Wesen“, an dem die Völker der EU genesen sollen.

Belgiens Premierminister Yves Leterme und Luxemburg Ministerpräsident Jean Claude Juncker üben Kritik vor allem an den Forderungen nach Erhöhung des Renteneintrittsalter und der Senkung der Reallöhne. (25) Juncker verurteilte die Politik der deutschen Bundesregierung: „Diese Art, in Europa Tabuzonen zu errichten und sich gar nicht mit den Ideen anderer zu beschäftigen, ist eine sehr uneuropäische Art, europäische Geschäfte zu erledigen.“ (26)

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk erklärte zur Machart von Frau Merkel: “Warum müssen Sie eine Spaltung demonstrieren? Steht der Rest von uns in Ihrem Weg?“ (27)

Carvalho de Silva, Generalsekretär des Portugiesischen Gewerkschaftsdachverbandes, sagt, die deutschen Forderungen widerspiegeln die „Haltung eines puren Kolonialismus“. Bezeichnend sei, dass „die Reichen noch immer in einem System

24 German-Foreign-Policy, 3. Mai 2011

25 www.meinpolitblog.de

26 Bild.de 9. Dezember 2010

27 Der Spiegel, 6/2010

der größten Ausbeutung auf Kosten der ärmeren Länder überleben.“ (28)

Der Vorsitzende der portugiesischen Gewerkschaft UGT, Joab Pronenca, weist darauf hin, dass Merkels Pauschalschelte (über faule Ausländer) „eine tiefe Ignoranz“ zeige. „Sie streue mit falschen Informationen Zwietracht.“ (29)

Die polnische Wirtschaftszeitung „Tygodnik Powszechny“ warnt vor einer „allzu deutschen Union“. (30)

Die italienische Wirtschaftszeitung „Il Sole 24“ befürchtet einen „Kodex zur schrittweisen Germanisierung Europas.“ (31)

Im britischen „Guardian“ äußerte Charles Grant vom Think Tank „Centre for European Reform“ nach dem EU-Gipfel im Dezember 2011: „Zum ersten Mal in der Geschichte der EU haben nun die Deutschen das Sagen. Doch zugleich sind sie isolierter denn je.“ (32) Die britische „The Times“ ergänzte, Deutschland habe faktisch mit der „Unterwerfung fremder Völker“ begonnen. (33)

Die griechische Zeitung „To Vima“ gibt die Stimmung vieler ihrer Landsleute wieder, wenn sie schreibt: „Der Traum, Europa zu erobern ist in Deutschland wieder da. Das Werkzeug ist dieses Mal nicht die Wehrmacht.“ (34) Und der bekannte griechische Filmemacher Dimitris Kollatos sagte verbittert: „Deutschland hat die Macht in Griechenland übernommen. Unsere Großväter und Väter haben gegen die Deutschen gekämpft, und jetzt kommen die Deutschen und kaufen Griechenland zu Spottpreisen.“

Politische Kreise in EU-Ländern befürchten, dass die Berliner Disziplinierungsforderungen „antideutsche Gefühle“ entfachen könnten. Die dumpfen Berliner Parolen, die neoliberalen Sozi-

28 Junge Welt, 30. Mai 2011

29 Der Tagesspiegel, 20. Mai 2011

30 mein politblog.de

31 ebenda

32 Junge Welt, 12.12.2011

33 ebenda

34 mein politblog.de

alabbau verlangten und die auf den Verzicht auf wichtige Souveränitätsrechte der EU-Länder hinausliefen, förderten rechtspopulistische Parteien.

Auch in deutschen Presseorganen sind warnende Stimmen über die forsche vorherrschende Politik von Frau Merkel zu vernehmen.

„Der Tagespiegel“ schreibt: „Deutsches Selbstvertrauen ruft in Europa allzu schnell antideutsches Misstrauen aus.“ (35)

„Der Spiegel“ geht auf die diktatorische Methode ein, die Frau Merkel gegenüber Griechenland anwandte und schlussfolgert: „Seither ist Merkels Ruf in Europa ramponiert. Viele sehen in ihr ein Feindbild, eine Verräterin der europäischen Idee, die stur nationale Interessen verfolgt. Diese Kritiker fühlen sich durch die jüngste Entwicklung bestätigt. Die Wut auf die Kanzlerin wächst.“ (36)

„Grundwerte“ des Kapitals

Das deutsche Kapital, vertreten durch den BDI, stellte an den Anfang seiner schon erwähnten Thesen solchen „Grundwert“: „Europa mit seinem einheitlichen Binnenmarkt und seiner starken und stabilen Gemeinschaftswährung ist ein zentraler Faktor für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland.“ Wohlstand versteht sich hier als durch Profitmaximierung gesicherten Faktor.

Entscheidend für die deutschen Konzernbosse bleibt der einheitliche Euro-Binnenmarkt. Dieser so günstige Kapitalverwertungsraum für die deutsche Exportindustrie, ist für sie ein Sanktuarium. 60 Prozent des deutschen Exports gehen in den Euroraum.

Die deutschen Konzerne sind entschlossen, ihre aggressive Exportstrategie fortzusetzen. Ungeachtet der Ungleichgewichte, die diese Strategie mit den ernststen Finanzproblemen für die EU-„Partner“ hervorruft.

35 Der Tagesspiegel, 20. Mai 2011

36 www.bdi.eu

Diese Strategie führt bei den Abnehmerländern zu Importüberschüssen, zu Leistungsbilanzdefiziten und beim Vize-Exportweltmeister zu chronischen Außenhandelsüberschüssen.

Sie beruht auf einem massiven Lohndumping. Die Niedriglohnpolitik wurde von der Schröder-Regierung mit der Agenda 2010 und Hartz-IV zur Regierungspolitik erhoben und durch die nachfolgenden Bundesregierungen ausgebaut. Die deutsche Wirtschaftspolitik setzt auf Teilzeitarbeit, Zeitarbeit und befristete Beschäftigung, also auf anomale Jobs. So waren 75 Prozent der 2010 unter großem Propagandaaufwand der Bundesregierung entstandenen neuen Jobs atypisch. Nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomik der Hans-Böckler-Stiftung haben heute „nur noch 60 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland ...eine sichere Beschäftigung. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Nur jeder zweite Arbeitsvertrag, der heute unterschrieben wird, ist unbefristet. Die Leiharbeit ist seit 1994 auf das Fünffache gestiegen. Sie überschreitet in diesem Jahr die Millionengrenze.“ (37)

„Die Politik hat die Ausweitung des Niedriglohnsektors mit den Hartz-Reformen massiv unterstützt: Leiharbeit wurde erleichtert und Minijobs gefördert“, schreibt die „Berliner Zeitung“ (38). Und sie kommentiert: „Die Angst vor Hartz IV sorgt dafür, dass sie (die Erwerbstätigen, d. V.) Lohneinbußen akzeptieren und notfalls auch extrem schlecht bezahlte Minijobs oder Leiharbeiter-Stellen hinnehmen.“ (39)

Diese Politik wird durch die kategorische Ablehnung flächendeckender Mindestlöhne durch die Bundesregierung ergänzt.

Die realen Nettogehälter sind zwischen 2000 und 2010 im Durchschnitt um 2,5 Prozent gesunken.

Es handelt sich also um kein „deutsches Wirtschaftswunder“, wenn die auf solcher Politik aufbauende Exportstrategie so

37 www.dgb.de/themen

38 Berliner Zeitung, 19. Juli 2011

39 ebenda

manche Industrie in anderen Ländern der Euro-Zone regelrecht nieder-konkurriert, deren Produktion von deren Binnenmärkten fegt und die Schuldenkrise verschärft.

Frau Merkel, die sich betont europäisch zu geben versucht, setzt, wie sie betont, alles daran, die „Exportkraft der deutschen Wirtschaft zu stärken.“

Der BDI bezeichnet als „zentralen Faktor“ seiner Strategie neben dem „einheitlichen Binnenmarkt“ die „starke und stabile Gemeinschaftswährung“. Mitunter in den Debatten um Rettung oder Aufgabe des Euro geäußerte Meinungen über eine Rückkehr zur D-Mark oder ein Ausscheiden einzelner Mitglieder aus der Euro-Gemeinschaftswährung sind für den Vize-Exportweltmeister völlig indiskutabel. „Die D-Mark wäre im Vergleich zu Franc, Lira oder Pesete enorm gestiegen und hätte deutsches Exportgut verteuert. Deutschland hat (als stärkste europäische Volkswirtschaft, d. V.) ein fundamentales ökonomisches Interesse am Euro,“ (40) erläuterte die „Westdeutsche Allgemeine“.

Deutsche Banker und Politiker bezeichnen deshalb den Euro auch als „Glücksfall“ für die BRD, was für das deutsche Kapital, für Großunternehmer, Großbanken und Versicherungskonzerne zweifellos zutrifft. Sie gehören ja auch zu seinen Geburtshelfern.

Keines der Länder der Euro-Zone profitiert vom Euro so sehr wie das deutsche Kapital. Deshalb sind die deutschen Industriekonzerne und Großbanken brennend daran interessiert, dass die EU-„Partner“ möglichst im Euro-Gefängnis verbleiben, „weil sie sich nicht mit der Abwertung einer eigenen Währung wehren können“, konstatiert der Volkswirt und Abgeordnete der Bundestagsfraktion Die Linke, Michael Schlecht.

Schlussfolgerung von Bundesfinanzminister Schäuble: „Wir werden diese europäische Währung nicht nur unter allen Um-

ständen verteidigen, sondern wir werden sie auch schrittweise weiterentwickeln.“ (41)

Übrigens: Das so schwer von der Euro-Krise betroffene Griechenland verzeichnete vor Einführung des Euro eine positive Handelsbilanz gegenüber Deutschland.

Um globalstrategische Ziele

Die Strategie der politischen und wirtschaftlichen Führungsmacht im EU-Europa läuft darauf hinaus, die EU zu einer globalen Exportmacht zu entwickeln, um den Profiterwartungen des Vizeexportweltmeisters dauerhaft zu genügen. Schon vor zehn Jahren hatte die Bundesregierung einen Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU auf den Weg gebracht, die Union zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. (42)

Der Ausbau der EU zu einer globalen Exportmacht unter deutscher Führung soll nicht zuletzt mit Blick auf den sich in der Welt vollziehenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzungsprozess erfolgen.

Deutsche Think Tanks stellten mit Nachdruck einen „beginnenden weltpolitischen Abstieg“ und „schleichenden Bedeutungsverlust Europas“ (43) sowie den Vormarsch neuer Führungskräfte in der Welt fest, dem begegnet werden müsse. Über zwei Drittel befragter Angehöriger der deutschen Elite rechnen mit wachsender Konkurrenz um die „globale Vorherrschaft“ zwischen dem Westen und Asien“. (44)

Der BDI griff in seinen Thesen die Feststellungen auf: „Die politischen und ökonomischen Gewichte in der Welt verschieben sich in rasantem Tempo. Es geht darum, Europas wirtschaftliches und politisches Gewicht in dieser sich beschleunigt wandelnden Welt zu sichern. Allen voran die bevölkerungsreichen Schwellenländer wachsen in kürzester Zeit zu weltwirtschaftli-

41 www.fr-online.de/wirtschaft/krise/schaeuble

42 de.wikipedia.org/WIKI/Agenda 2010

43 dead catbounce, blogpost.de

44 german-foreign-policy.com, 16. August 2011

chen Schwergewichten heran. Aus wirtschaftlicher Stärke erwächst unmittelbar auch politische Stärke. Will das in zahlreiche Einzelstaaten aufgespaltete Europa angesichts dieser Entwicklung seine ökonomische Position und seine politischen Gestaltungsansprüche sichern, so geht dies nur über eine Fortsetzung des Weges in Richtung einer politischen Union.“ (45)

Die Ansprüche des deutschen Imperialismus, die der BDI interpretiert, bleiben selbstverständlich nicht bei ökonomischen Überlegungen stehen. Unmissverständlich wird von „politischen Gestaltungsansprüchen“ gesprochen. Das EU-Potenzial nutzend ist an die Rolle eines Global Players gedacht.

Die globalstrategische Zielsetzung des deutschen Imperialismus fasst der BDI in die Worte: „Die weltwirtschaftlichen Geschehnisse werden zukünftig nicht mehr auf einer G8- oder G20-Ebene entschieden, sondern auf einer G2- oder G3-Ebene. Bei den jetzt notwendigen Weichenstellungen geht es auch darum, ob Europa die Rolle des Dritten im Bunde spielen kann und will.“ Der deutsche Imperialismus will. Er braucht dafür eine EU, in der ihm die weitgehende Verfügung über das ökonomische Potenzial und das Humankapital der Union globale „Gestaltungsmacht“ verleiht.

Krise als Chance

Das kapitalistische System in der Krise offenbart mehr denn je sein ahumanes, asoziales und demokratiefeindliches Wesen.

Für das Kapital erweisen sich Krisen als Zeiten, gehorteten Reichtum beträchtlich zu vermehren.

Obamas früherer Stabschef Emanuel Rahm bekennt: „Krisen sind viel zu gute Chancen, als dass man sie ungenutzt verstreichen lassen könnte.“ (46)

Die deutschen Konzerne nutzen sie. Sie verzeichneten 2011 einen explosionsartigen Boom. „Bei den Dax-30-Konzernen schossen die Profite um 123 Prozent nach oben, zur höchsten

45 www.bdi.eu

46 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 4. Dezember 2011

jemals erreichten Marke.“ (47) “Deutschlands Konzerne brillieren“, (48) so das „Handelsblatt“.

Die Zahl der Millionäre in Deutschland ist in der Krise um 62.000 auf 924.000 gestiegen. Sie verfügen über ein Geldvermögen von 2,29 Billionen Euro. Das ist genau die gleiche Summe, auf die die Staatsverschuldung der BRD im Dezember 2011 gestiegen ist.

Wie parasitär das kapitalistische System ist, beweisen auch die nachstehenden Fakten: „Das globale Finanzvermögen hat sich von 1980 und 12 Billionen Dollar bis heute auf weit über 200 Billionen Dollar vervielfacht, das Finanzvermögen ist dreimal so hoch wie die reale Weltproduktion.“ (49)

In der Rolle von Göttern

Die Großbanken nutzen skrupellos die staatlichen Einrichtungen, um ihre Pfründe zu sichern. Ihren Einfluss der auf die Politik beschreibt „Der Spiegel“ so: „Die Banken und Investmentfirmen haben jetzt die Rolle, die früher die Götter hatten. Kaum einer traut sich, sie zu kritisieren. Die Angst vor ihrem Zorn leitet das Verhalten der Politiker.“ (50)

Das Finanzkapital treibt die Politiker vor sich her. Deutsche Bank-Chefvolkswirt Thomas Mayer über die Spielregeln im System: „Wenn aber die Finanzmärkte zu der Überzeugung kommen, dass die Politik hinter der Entwicklung herhinkt, dann ist der Primat der Politik verloren, aber aus gutem Grund.“ (51) Dann geben die Bankster und die Bosse des BDI, wie zu sehen war, unverschlüsselt zu verstehen, wer Herr im Hause ist und „wohin die Reise gehen soll.“

Frisches Beispiel kurz vor Weihnachten 2011: Um die großen „Verspannungen am Interbankenmarkt“ zu lösen, da sich die Banken infolge der durch die Euro-Krise ausgelösten tiefen

47 isw-Report Nr. 87

48 Handelsblatt, 29. April 2011

49 Der Spiegel, 22/ 2011

50 ebenda

51 d.radio.de, 13. August 2011

Verunsicherung kaum mehr Geld leihen, ist die EZB gefragt. Und um den Zusammenbruch des europäischen Finanzsystems zu verhindern, reagiert sie prompt: Sie stellt die Rekordsumme von knapp 490 Milliarden Euro zur Verfügung, fast eine halbe Billion. Bei bestmöglichen Konditionen: Mit einer ungewöhnlich langen Laufzeit von drei Jahren, bei einem Zinssatz von einem Prozent!

So werden die Verursacher der Krise noch fürstlich und mit Sondervergünstigungen belohnt.

Die Finanzwelt begreift den Kampf um hohe Gewinne als eine neue Art Kriegführung. In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ war darüber zu lesen: „Damit verlegt sich die internationale Finanzwelt auf eine neue Art von Kriegführung, die dasselbe Ziel verfolgt wie in früheren Zeiten die militärische Eroberung: die Aneignung von Land und Bodenschätzen, die Übernahme staatlicher Infrastruktur und die Erhebung von Tributzahlungen.“ (52)

Unvereinbar mit Volksinteressen

Diese mit dem „Euro Plus Pakt“ und dem damit verbundenen Spardiktat geführte Kriegführung bringt zunächst den Mitglieder der Eurozone und in der Perspektive allen EU-Mitgliedsländern eine radikale soziale Umverteilung. Sie vergrößert das Heer der Armutgefährdeten und der Armen. Sie vernichtet Existenzen. Sie raubt den Völkern die von ihnen erarbeitenden Reichtümer. Sie höhlt die bürgerliche Demokratie immer mehr aus. Ein Volksentscheid, seinerzeit in Griechenland angedacht, wird als Angriff auf die Werte des Kapitals ausgelegt. „Wer das Volk fragt, wird zur Bedrohung Europas. Das ist die Botschaft der Märkte,“ heißt es in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. (53)

52 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 4. Dezember 2011

53 ebenda

Die vor einem Jahrzehnt hochtrabend versprochene „immer engere Union der Völker Europas“ enthüllt sich als Würgegriff in einem immer deutscher werdenden Europa.

Was Europa brauche, das sei deutsche Tugend und Disziplin, meint die deutsche Bundeskanzlerin. Einer der Geburtshelfer des Euro, der damalige Finanzminister Eichel (SPD), ist überzeugt, dass sich Europa nichts sehnlicher wünsche, als „deutsche Führung“. (54) Er befindet sich in Glaubensgemeinschaft mit der Chefin der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Gerda Hasselfeldt. Sie versteigt sich zu der großdeutschen Proklamation: „Die deutsche Stabilitätskultur muss Vorbild sein für Europa. Wir brauchen eben nicht weniger Europa, sondern mehr Deutschland in Europa.“ (55) Mitte November 2011, auf dem CDU-Parteitag in Leipzig, hatte Unions-Fraktionschef Kauder als Partei-Parole verkündet: „Jetzt wird in Europa deutsche gesprochen.“ (56)

Diese Kriegsführung um die Hegemonie in der EU wird der deutschen Öffentlichkeit als ein bizarres „Rettungs“ - Schauspiel von Repräsentanten und Apologeten des kapitalistischen Systems vorgeführt. Die BRD-Bürger sollen den Eindruck gewinnen, dass der Auftritt der Krisenmanager ihren Interessen diene. Allerdings kommt die Bundeskanzlerin am Silvesterabend 2011 nicht umhin, den Bürgern der europäischen Führungsmacht anzudeuten, dass „das nächste Jahr ohne Zweifel schwieriger wird als dieses.“ (57)

Die Chefin des IWF prognostiziert für 2012 eine globale Rezession. Wie soll dieser verhängnisvollen Entwicklung begegnet werden? Mit einer Finanztransaktionssteuer? Mit einer Vermögensabgabe? Mit der Verstaatlichung von Banken?

Vor 120 Jahren wurde in Erfurt das Programm der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen. Es ist in vielen seiner Aussagen und Forderungen aktueller denn je.

54 Junge Welt, 30. Dezember 2010

55 Junge Welt, 2. Januar 2012

56 Spiegel online, 15. November 2011

57 tagesschau.de 31. Dezember 2011

So wird darin u. a. gesagt: „Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, dass die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.“ (58)

Tatsächlich ist die Unsicherheit als Normalzustand der Gesellschaft charakteristisch auch für den heutigen Alltag der Gesellschaft. Die Unvereinbarkeit der Kapitalinteressen mit den Interessen der Völker hat sich nach zwei Weltkriegen unermesslich verstärkt. Nur die Lösung dieses Widerspruchs kann den Völkern eine demokratische und friedvolle Zukunft gewährleisten.

** „Governance umschreibt neue Formen gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Regulierung, Koordinierung und Steuerung in komplexen institutionellen Strukturen, in denen meistens staatliche und private Akteure zusammenwirken. Mit dem Begriff Governance werden Veränderungen in der Herrschaftspraxis des modernen Staates, neue Formen der internationalen Politik sowie der Wandel von Organisationsformen und Interorganisationsbeziehungen in der öffentlichen Verwaltung, in Verbänden, in Unternehmen, in Märkten und in Regionen bezeichnet“ (Benz 2004, S.12ff).*

i. S. d. P - Arbeitskreis Frieden der GBM, Helmut Semmelmann